Dresden 1880.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 15 Pfge. Einzel. Numm. 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. ... — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Nacht-Telegramme.

Cettinje. Die Konvention betreffs Dulcignos ward vorgestern Nachts unterzeichnet. Die montenegrinische Okkupation begann gestern Mittag. Abends 6 Uhr war die Besetzung Dulcignos und der umgebenden Positionen vollzogen.

Paris. Cissey-Prozeß. Der Redakteur und der Gerant des Journals „Petit Parisienne", Laisant und Chauvin, sind solidarisch zur Zahlung einer Entschädigung von 8000 Francs verurtheilt worden; ferner ersterer zu einer Geldbuße von 4000, letzterer von 200 Francs. Gegen den Redakteur und den Gerant des „Intransigeant", Rochefort und Delpierre, wurden gleiche Strafen erkannt.

London. Das Kabinet beschloß die Einberufung des Parlaments auf den 6. Januar. Dufferin ist von seinem Besuche bei der Königin in Windsor zurückgekehrt und geht nächste Woche nach Petersburg.

Teheran. Ayub Khan befindet sich in einer sehr schwierigen Situation, von Hilfsmitteln entblößt, besitzt er wenig Anhänger und erhielt auch keine Unterstützung von Seite Persiens.

Das Bankgeschäft von **Koppel & Co.** befindet sich Schloss-Strasse 19, Ecke der Sporergasse.

Residenz-Theater. Heute: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr. Halbe Preise. Gastspiel des Fräul. Lina Bendel: 1) Die neue Magd. 2) Garibaldi. 3) 's letzte Fensterl'n. 4) Die alte Magd. — Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Frl. Sophie König: letzte Sonntags-Aufführung von König Indigo oder: Ali Baba und die 40 Räuber von Johann Strauss.

Nr. 333. Witterung vom 27. Novbr.: Barometer nach Oskar Gröbl, Wallstraße 19, Abds. 6 U.: 770 Mill., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometer n. Reaum.: 10° W., niedr. Temp. 6° W., höchste Temp. 10° W. Weil Wind. Nebel, Regen. Aussichten für den 28. November: Mild, theilweise aufklärend, keine wesentlichen Niederschläge. **Sonntag, 28. November.**

Politisches

Gegen die Einzelheiten des Planes, einen Volkswirthschaftsrath für Preußen zu errichten, lassen sich begreiflicherweise gar verschiedenartige Bedenken erheben. Was man vom specifisch preußischen Standpunkte aus gegen die Verfassungsmäßigkeit dieser Einrichtung einwendet, erscheint nicht ganz unbeachtlich. Das Verlangen, eine solche Behörde, wenn sie auch nur einen begutachtenden Charakter hat, nicht blos kraft einer jeder Zeit widerruflichen königlichen Verordnung, sondern kraft eines Gesetzes ins Leben zu rufen, ist wohlbegründet. Auch fragt es sich, wie die übrigen deutschen Staaten sich zu dieser Einrichtung stellen, um nicht einen Gegensatz zwischen einer besonderen Volkswirthschaft in Preußen und einer in Sachsen, Bayern u. s. w. aufkommen zu lassen. Besäßen die Mittelstaaten eine Regierungspresse, die nur einigermaßen ihren Beruf verstünde, so wäre das Publikum ganz leicht darüber zu orientiren, ob man z. B. in Sachsen den Landeskulturrath, die Gewerbe- und Handelskammern und ähnliche volkswirthschaftlich-technische Körperschaften zu einem Volkswirthschaftsrathe, einschließlich von Vertretern der Arbeiter, ähnlich dem in Preußen, zu gewissen Zwecken vereinigen und in irgend welche Verbindung zu stellen beabsichtigt. Vielleicht wollen die Mittelstaaten erst abwarten, wie sich das Unternehmen in Preußen entwickelt, ehe sie dazu Stellung nehmen. Im Allgemeinen aber und trotz einzelner berechtigter Einwendungen ist der Grundgedanke, der dem neuesten Projekte Bismarck's innewohnt: die bisher dominirende Gewalt des Großkapitals durch organische Vertretung der einzelnen Zweige der Volkswirthschaft und der schaffenden Arbeit zu brechen, nur willkommen zu heißen. Bisher wurden die volkswirthschaftlichen Gesetze des Reiches so gegeben, wie sie den Interessen der vaterlandslosen Hochfinanz entsprachen; welche Folgen sie für Ackerbau, Gewerbe, Industrie und das in diesen Berufen arbeitende Volk herbeiführten, darnach fragte das Großkapital nicht — mochte das Volk selbst zusehen, wie es sich weiterhalf. Die traurigen Folgen fühlen wir in allen Gliedern. Die Gesetze kamen unreif und unfertig in das Parlament, wurden dort durchgepeitscht und höchstens noch mehr verlaskert und verbambergert, erforderten nach kurzem Bestehen Revisionen und Novellen aller Art und paßten doch nicht. Wenn künftig die preußische Regierung ihre volkswirthschaftlichen Gesetzentwürfe durch eine Vertretung derjenigen Berufsklassen vorprüfen läßt, die nachher unter und mit diesen Gesetzen leben sollen, so liegt der Vortheil auf der Hand. Die materiellen Interessen des Volkes werden dann eben nicht mehr so abgewirthschaftet und abgeweidet werden, wie es bisher nach dem Herzen der Freihändler, der Hochfinanz und der in ihrem Dienste schäfternden Berliner Fortschrittsclique anging. Natürlich schreit Herr Eugen Richter sein Ai waih! vor dieser drohenden Machtschmälerung. Er verlangte zum Mindesten eine angemessene Vertretung des Berliner Börsenthums in dem neuen Volkswirthschaftsrath. Er wird aber dabei ebenso Fiasco machen, wie bei der Judendebatte und man kann der deutschen Fortschrittspartei ruhig prophezeien: wenn sie nicht bald sich von der Berliner Clique des Börsenringes Richter-Bleichröder-Straßmann emancipirt, so wird sie bei den nächsten Reichstagswahlen ein Ende mit Schrecken erleben. Die Berliner Fortschrittsclique, in ihrem Tanze um das goldene Kalb, hat die materiellen Interessen des Volkes eben verwahrlost und darauf beruht die große Macht des Reichskanzlers, daß er, angewidert von diesem Treiben, die Pflege der materiellen Volksinteressen in den Vordergrund stellt. Ist es nicht bezeichnend, daß ein angeblicher Freiheitsmann, wie Eugen Richter, die Berufung einer Anzahl Handwerker und Arbeiter in den Volkswirthschaftsrath verspottet? Ja, wenn Bleichröder, Straßmann, Cohnstädt und andere Schlaumeier erblich Sitz und Stimme in dem Volkswirthschaftsrath erhalten sollten, da wäre dieser das gelobte Land, wo Milch und Honig fleußt.

Mit größerer Achtung sprechen wir von den Einwendungen, die im preußischen Landtag gegen die Aufstellung des preußischen Budgets erhoben werden. Das Gerücht hat nämlich seine Bestätigung gefunden, daß im nächsten Reichshaushalte die Matrikularbeiträge sich um etwa 18—20 Millionen höher als bisher belaufen sollen. Die Regierungskommissare hüllen sich zwar noch in ein vorsichtiges Schweigen, aber die Thatsache steht fest, daß aus der bisherigen Erhöhung der indirekten Steuern keine Mittel übrig bleiben, um in den Einzelstaaten die direkten Steuern zu ermäßigen. Die hieraus für Preußen bestimmten 14 Millionen zerrinnen daher unter den Händen (woraus u. A. für Sachsen folgen würde, daß an uns keine Reichsmittel zur Beseitigung der Zuschläge zu der Einkommensteuer kommen würden). Man wird abzuwarten haben, ob Preußen trotz dieser Aussichten doch noch 14 Mill. an direkten Steuern erläßt; das geht das nichtpreußische Deutschland nur sehr wenig an. Aber wohl ist dieses daran interessirt, daß nicht künftig immer neue Erhöhungen der indirekten Steuern erfolgen, um kleine Nachlässe an den direkten einzuführen. Um aber Ordnung in diese Dinge zu bringen und nicht Ueberraschungen zu erleben, welche die Haushalte aller Bundesstaaten theils erschüttern, theils ganz über den Haufen werfen und jede verständige und dauernde Vorveranschlagung und Steuerausschreibung unmöglich machen, erscheint der Beschluß der Budgetkommission des preußischen Landtages sehr wohlbegründet: daß zunächst das Reichsbudget aufgestellt werde, damit darnach die Einzelstaaten ihren Bedarf bemessen können.

Derwisch Pascha ist Herr von Dulcigno und erwartet den Einmarsch der Montenegriner. Vor seinem Einrücken in die Stadt hatte er mit den Albanesen einen Kampf zu bestehen, der ernstlicher war, als man anfangs glauben durfte. Der Kampf dauerte 4 Stunden, die Albanesen hatten 20 Todte und 40 Verwundete, Derwisch machte viele Dulcignoten zu Gefangene. Alle Telegraphendrähte sind abgeschnitten. An dem Ernste des Willens des Sultans, den Forderungen Europas, so abgeschmackt sie auch sein mögen, nachzukommen, ist nicht mehr zu zweifeln. Ebensowenig daran, daß den Fürsten der Schwarzen Berge durch den Besitz dieser Hafenstadt zunächst keine Wohlthat, sondern nur eine schwere Sorge erwachsen ist. Es wird eine beträchtliche Streitmacht noch lange auf den Beinen erhalten müssen, um die Aufstände der Albanesen in Dulcigno selbst und in dessen Umgebung zu dämpfen. Alles Das geht aber Europa Nichts an. Wir erwarten die baldigste Auflösung und der Panzerflotte. Sie hat Nichts mehr dort zu schaffen.

In Oesterreich hat der loyale Patriotismus demnächst eine eigenthümliche Probe zu bestehen. In den nächsten Tagen steht die Feier des vor 100 Jahren erfolgten Regierungsantritts Joseph II. bevor. Seit die Erzherzogin Gisela den bayrischen Prinzen Leopold gefreit, verging fast kein Jahr, in dem nicht ein kaiserliches Familienfest oder ein dynastisches Jubiläum den loyalen Völkern Oesterreichs Gelegenheit geboten hätte, in demonstrativer Weise der Treue gegen den Kaiser und sein Haus Ausdruck zu geben. Bald war's das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers, bald seine silberne Hochzeit, bald sein 50. Geburtstag, dann das 600jährige Jubiläum der Habsburgischen Herrschaft in Oesterreich, darauf die Verlobung des Kronprinzen und die zahllosen Reisen des Kaisers in seine verschiedenen Kronländer. Alle Völker, Provinzen und Parteien wetteiferten in oft rührenden Kundgebungen. Um so auffälliger ist es, daß die Bischöfe von Oberösterreich und Steiermark jede Betheiligung an der Gedächtnißfeier des 2. Joseph energisch verbieten. Ihnen ist noch heute der aufgeklärte Monarch ein Dorn in den Augen. Die Geschichte hat längst die vielen Ueberstürzungen und Fehlgriffe dieses Monarchen erkannt; man weiß, daß er trotz aller Aufklärung ein Despot war, der keinen Widerspruch duldete, der von männlicher Würde nur gering dachte und der an gebrochenem Herzen starb, weil er fast alle seine übereilten Schöpfungen zurücknehmen mußte. Seine Eingriffe in die Verfassungsrechte der Völker Oesterreichs machen sich noch jetzt schmerzlich fühlbar. Aber ein Theil seiner großen Gedanken lebt unsterblich fort, er befreite die Bauern aus der Hörigkeit und der „Dulder auf dem Königsthrone" that zur Erleuchtung der Geister mehr als alle Ferdinande zusammen. So verhängnißvoll auch seine Irrthümer waren, seine leitenden Gedanken waren darum nicht minder groß; er irrte oft, namentlich in der Wahl der (despotischen) Mittel, aber seine Absichten waren die edelsten und reinsten. Es wird den Römlingen nicht gelingen, die ideale Lichtgestalt Joseph's II. aus den dankbaren Herzen der Völker Oesterreichs zu verdrängen. Kaiser Joseph, der Idealist auf dem Throne, der hochherzige Menschenfreund, der Autor des Toleranzedicts, das die Duldung der verschiedenen Confessionen in Oesterreich aussprach; der edle Fürst, der die Aufhebung der Leibeigenschaft verfügte, — er bildet eine Erscheinung, die in unvergänglicher Schönheit der Geschichte fortlebt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 27. Novbr.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Bei Berathung des landw. Etats kam es zwischen den Vertretern der Landwirthschaft und dem Fortschritt zu einer kleinen Plänkelei. Zur Sprache kam die bedrängte Lage der Mitglieder einer landwirthschaftl. Meliorations-Genossenschaft. Die betreffenden Meliorationen waren dem Staate octroyirt und hatten den gehegten Erwartungen bezüglich ihres Nutzens nicht entsprochen. Dabei wurde darauf verwiesen, daß die Lage der Landwirthschaft nicht so glänzend sei, als von der Linken behauptet werde. Von fortschrittlicher Seite wurde erwidert, der vorliegende Fall beweise nur, daß es nur schädlich sei, wenn der Staat die Landwirthschaft zu ihrem Glücke zwinge. Von der Rechten wurde dagegen die Nothwendigkeit der Staatshilfe gerade in solchen Fällen betont; die fortschrittliche Selbsthilfe mache nur Fiasko. Abg. v. Ludwig eifert in erheiternder Erregung über die lückenhafte Berichterstattung der Presse und verlangt officielle Berichte. Namentlich werde über landwirthschaftliche Debatten nicht ausführlich genug referirt. Aus dem weiteren Debattenlaufe sei bemerkt, daß das finanzielle Ergebniß der Fischerei-Ausstellung insofern günstig ist, als etwa nur die Hälfte der vom Reiche (30,000 Mk.) und Preußen (15,000 Mk.) geleisteten Zuschüsse in Anspruch genommen worden. Es wurde als wünschenswerth bezeichnet, die verbleibenden Summen für Hebung der Fischerei zu verwenden. Geklagt wurde über englische Fischräubereien in dem deutschen Meere; die deutsche Regierung hat deshalb bei der englischen reklamirt, doch sind keine Bestrafungen erfolgt. Die deutschen Küsten sollen nun durch Kanonenboote geschützt werden. Beim Etat des Handelsministeriums wandte sich Abg. Kralle gegen einige Ausführungen des Abg. Richter betreffs des Volkswirthschaftsraths. Unrichtig sei, daß die wirthschaftlichen Kreise des Königreichs Sachsen mit der neuen Institution überhaupt nicht einverstanden seien. Abg. Richter ist verwundert, daß man sich heute so sehr für den Volkswirthschaftsrath begeistere, dem man früher so kühl gegenüber stand. Wir freuen uns, daß sich der Herr Reichskanzler einer so ausgezeichneten Gesundheit erfreue; hoffentlich komme er nun bald nach Berlin, wo der Sitz des Monarchen und die Volksvertretung versammelt sei. Es passe sich nicht, daß der Minister in diesem Augenblicke in Friedrichsruh der Ruhepflege und Jagdgesellschaften veranstalte. Die Altersversorgung sei gewiß ein schönes Ziel, aber der Ausspruch des französischen Königs vom Huhn im Topfe sei es auch; wie es gemacht werde, darauf komme es an. Der Baare'sche Entwurf sei der sozialaristokratische Versuch eines Großindustriellen, die Lasten, die ihm eigentlich zukommen, die er zu tragen habe, auf die Kommunen und die Arbeiter abzuwälzen. Stellvertr. Handelsminister v. Bötticher: Man dürfe Privatarbeiten offiziellen Charakter nicht beimessen. Fürst Bismarck sei in der That durch seinen Gesundheitszustand verhindert, hier zu erscheinen und gebe sich in Friedrichsruh keineswegs Vergnügungen hin. Er (Redner) sei zu seinem Stellvertreter ernannt worden, wahrscheinlich nur vorübergehend. Man solle Fürst Bismarck danken, daß er das Handelsministerium übernommen. Dr. Franssen freut sich, daß endlich die Interessen eine entsprechende Vertretung finden sollen; das hätte nur 10 Jahre früher geschehen sollen; es würden nicht so viel schlecht vorbereitete Gesetze eingebracht worden. Gegen den Baare'schen Entwurf: Dr. Meyer-Breslau legt dagegen Verwahrung ein, daß die wirthschaftliche Gesetzgebung der letzten Jahre auf die liberale Partei allein zurückzuführen sei; diese Gesetzgebung sei unter Mitwirkung aller Parteien zu Stande gekommen. Er wünscht Mittheilung über das Schicksal des Gesetzentwurfs betr. die Unfallstatistik, welcher gerade vom Reichskanzler abgelangen und zurückgehalten worden sei. Abg. von Minnigerode erinnert den Abg. Richter daran, daß er in der erdrückenden Minorität sei. Wenn der Reichskanzler in Friedrichsruh lage, könne es leicht eine Jagd auf die Fortschrittspartei sein. Abg. Richter: Bismarck sei in der That der einzige wirkliche Minister, wenn man von Titulaturen absehe. Es könne ihm also gar nicht einfallen, dem Reichskanzler aus der Uebernahme des Handels-Ministeriums einen Vorwurf zu machen. Abg. Löwe-Calbe tritt für den Baare'schen Entwurf ein. Die zu erwartende Vorlage des Reichskanzlers werde übrigens nach der Erklärung des Ministers v. Bötticher ganz anders ausfallen; weshalb also in das Dunkel hineinsteuern? Herr Baare habe ein warmes Herz für die Arbeiter. Dr. Windthorst: Die Liberalen hätten die Verantwortung für die unter ihrem Regime zu Stande gekommene Gesetzgebung zu tragen. Der Beifall, den der Volkswirthschaftsrath gefunden, sei eine Verurtheilung der bisherigen wirthschaftlichen Gesetzgebung. Hoffentlich werde man die Sachverständigen nicht blos physisch hören. Zur Uebertragung auf das Reich eigne sich der Volkswirthschaftsrath nicht, da er in die Kompetenz des Reichstags wie Bundesraths eingreife. Die Fortschrittspartei hätte Anträge stellen sollen, anstatt Monologe zu halten. Schluß der Diskussion.

Berlin. Der „Reichsanz." publicirt die ministerielle Bekanntmachung über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin auf ein Jahr. Das Verbot des Waffentragens erfuhr keine Beschränkung.

Bukarest. Die Thronrede betont die guten Beziehungen zum Auslande. Die Regierung werde Rumäniens Interessen bezüglich der Donauschifffahrt aufrechterhalten. Die Thronfolgerfrage werde auf Grund der Verfassung geregelt und den Kammern mitgetheilt werden. Die Regierung hege das Vertrauen, daß, Dank der Weisheit der Großmächte, der Frieden auf der Balkanhalbinsel erhalten bleiben werde.

Berliner Börse. War auch die Tendenz im Allgemeinen fest, so war doch die Zurückhaltung der Spekulation so groß, daß von Bemühungen der Haussepartei, möglichst hohe Liquidationscourse zu erzielen, heute wenig zu spüren war. Kredit 1 Mark besser, Lombarden 1 M. schlechter. Preußische Bahnen erzielten meist kleine Avancen, dagegen konnten sich österr. Bahnen nicht immer behaupten; Elbethal 2 M. schlechter. Banken ziemlich fest; Dresdner Bank ½ Proc. höher. Deutsche Fonds unverändert still. Bergwerke vernachlässigt. Von sächs. Industrien zogen Lauchhammer und Solbrig an. Gußstahl und Stickm. weichend.

Lokales und Sächsisches.

— Der vormalige Kriegsministerial-Portier **Barthel** hat das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— Die Fabrikbesitzer Johann Heinr. Gulden, Friedr. Aug. Dürfeld und Herrmann Wilhelm Vogel, sämmtlich in Chemnitz, sowie der Drahthammerwerkbesitzer Carl Bonitz in Zwickau sind zu Kommerzienräthen ernannt worden.

Der Geh. Reg.-Rath **Böhmert** wohnte in Berlin einer Konferenz in Sachen des Armenwesens bei. Er verlangte eine Anlehnung der Wohlthätigkeitsvereine an die öffentliche Armenpflege, erklärte es für Pflicht jedes Einzelnen mit der öffentlichen Armenpflege in Verbindung zu treten und Erkundigungen bei derselben einzuziehen, ehe er Unterstützungen gewähre. Dazu müsse eine Centralstelle für das Armenwesen vorhanden sein. Die freien Wohlthätigkeitsvereine seien namentlich in großen Städten oft gefährlich, da sie die Armuth geradezu großziehen, und deshalb sei eine enge Anlehnung derselben an die gesetzliche Armenpflege durchaus nöthig und zwar auf dem Wege der Personalunion. Stadtrath **Kunze** von Dresden wurde in dieser Versammlung zum Schriftführer gewählt.

— Um zu verhüten, daß bei der bevorstehenden **Volkszählung** die vollständige Angabe der anwesenden Personen etwa in der Befürchtung unterlassen wird, es möchte die Versäumung der polizeilichen Meldung dadurch entdeckt werden, hat die kgl. Polizeidirektion dem Rathe der Stadt Dresden die Zusicherung gegeben, daß alle Uebertretungen der polizeilichen Meldevorschriften, welche durch die Volkszählung zu Tage kommen, **nicht verfolgt und bestraft** werden sollen. Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß aus der Beantwortung der gestellten Fragen Niemandem ein Nachtheil erwächst und die Volkszählung nicht beabsichtigt, in die Verhältnisse des Einzelnen einzudringen, sondern darauf ausgeht, für die Gesammtheit der Bewohner ein zutreffendes Bild ihrer gesellschaftlichen Gliederung und ihres Wohlstandes zu gewinnen. Möge Jeder zur Erreichung dieses Zieles durch wahrheitsgetreue und vollständige Ausfüllung der ihm zugehenden Listen und Karten das Seinige beitragen!

Zur Bewältigung des bevorstehenden großen **Zählwerkes** sind in entgegenkommendster Weise Seitens des königlichen Kriegsministeriums auch Freiwillige und Chargirte als Gehilfen kommandirt worden.

— Der Direktor des Hauptstaatsarchives, Herr Geh. Reg.-Rath v. **Witzleben** bemerkt in einer Zuschrift an uns, daß zwar vor einigen Tagen von ihm und dem Herrn Oberlandbaumeister Canzler eine Besichtigung des früheren **Hauptzeughauses** betreffs Dahinverlegung des Hauptstaatsarchives stattgefunden habe, daß aber hierzu erst der Landtag seine Zustimmung zu geben und die Mittel zu bewilligen habe. Der Landtag aber tritt erst nächsten Herbst zusammen.

— Das definitive Resultat der Stadtverordnetenwahlen weicht unter den Ansässigen nur um 2 Personen von dem bereits vorläufig mitgetheilten ab. Bei genauester Zählung hat sich ergeben, daß die Herren Direktor Müller und Maurermeister Jakob nicht genug Stimmen hatten und an ihrer Stelle vielmehr die Herren Institutsdirektor Schröter und Klempnermeister Waldmann gewählt sind. Die Wahl für die Klasse der Unansässigen hat die bereits Genannten getroffen.

— Unser heutiges Blatt enthält die mit allgemeinem Interesse erwartete Veröffentlichung der Sektion Dresden des Gebirgsvereins für die sächs.-böhm. Schweiz in Sachen der **Drahtseilbahn** nach der Bastei. Diese rein sachgemäße, in ruhigem Ton gehaltene Beurtheilung, das Ergebniß einer eingehenden Prüfung des Projekts und der örtlichen Umstände wird nicht verfehlen, allerwärts den besten Eindruck zu machen.

— Die Gesellschaft „**Eintracht**" hat durch ihre theatralische Aufführung am vorigen Sonntage nicht nur den zahlreich Versammelten durch ihr gutes Spiel einen frohen Abend bereitet, sondern auch der **Kasse der Ferienkolonien** durch ihren Vorstand, Herrn Groll, die Summe von über 45 Mark als Reingewinn abgeliefert.

— Zum ersten Male tritt heute auch in der Nachmittags-Vorstellung des **Viktoria-Salons** (halbe Preise) der vorzügliche japanesische Jongleur D'Alvini auf. In der Abend-Vorstellung producirt er sich trotzdem gleichfalls.

— Für die **Postkarten** pro 1881 ist hellgrauer Unterdruck gewählt worden.